

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 76 (1989)
Heft: 4

Rubrik: Blickpunkt Kantone

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zürich

Keine Fünftagewoche an den Katholischen Schulen

Der Schulrat der Freien Katholischen Schulen Zürich hat beschlossen, im kommenden Schuljahr die Fünftagewoche nicht einzuführen. Diesem Entscheid liegt eine Umfrage zugrunde: Von den angefragten Eltern befürworteten 38,1 Prozent die Fünftagewoche, 52,3 Prozent lehnten sie ab. Von den ebenfalls befragten Schülerinnen und Schülern sprachen sich 66,8 Prozent gegen die Fünftagewoche aus.

Bern

Pioniertat des Kantons Bern in der Erwachsenenbildung

Als erster Kanton der Schweiz erhält Bern ein Gesetz über die Förderung der Erwachsenenbildung: Vereine und Organisationen, die Bildungsveranstaltungen anbieten, sollen künftig auf staatliche Hilfe zählen dürfen.

Das Gesetz, das der Berner Grosse Rat in erster Lesung mit 113:10 Stimmen verabschiedet hat, ist auf zwei Grundsätze abgestützt: Erstens fördert der Staat die Erwachsenenbildung «in der Regel subsidiär», das heisst, er unterstützt private Bemühungen, und zweitens nehmen die Erwachsenen «freiwillig und in eigener Verantwortung» an der Erwachsenenbildung teil. Im Kantonsparlament wurde von freisinniger Seite die Auffassung vertreten, dass solche staatliche Hilfe nicht nur überflüssig sei, sondern möglicherweise gar die Privatinitiative lähme. Linke Votantinnen und Votanten hingegen hätten sich eine konsequentere staatliche Promotion der Erwachsenenbildung gewünscht. Die überwiegende Mehrheit des Grossen Rates war aber mit den vorgesehenen Förderungsmassnahmen einverstanden und lehnte die freisinnigen Nichteintretens- und Verschiebungsanträge ab.

Die Subventionen, die der Kanton aufgrund dieses Gesetzes bereitzustellen hat, werden auf jährlich rund sechs Millionen Franken geschätzt. Bereits heute bezahlt der Kanton Bern für die Erwachsenenbildung rund zwölf Millionen pro Jahr, und zwar vorab für die berufliche Aus- und Weiterbildung. Diese wird durch eidgenössische und kantonale Erlasse bereits recht umfangreich gefördert. (Heinz Däpp in: LNN vom 24.2.89)

Uri

Didaktisches Zentrum ist spruchreif

Seit einiger Zeit setzt sich der Lehrerverein Uri für die Realisierung eines didaktischen Zentrums ein. Im Vernehmlassungsverfahren, das in diesem Zusammenhang gestartet worden ist, haben sich die meisten der 20 Gemeinden zugunsten einer Mitträgerschaft ausgesprochen.

Wie nun vom kantonalen Lehrerverein verlautete, sind die konkreten Vorbereitungen soweit gediehen, dass auf die Landratssession von Mitte April eine gesetzliche Grundlage für die Leistung eines kantonalen Beitrages geschaffen werden kann. Allerdings soll der Kanton nicht selber als Träger auftreten, er würde allenfalls Beiträge leisten, wobei er seine Unterstützung von der Mitbeteiligung der Gemeinden abhängig zu machen gedenkt.

Schwyz

Unterstützung für Kanti

Die Kantonsschule Schwyz erhält Unterstützung von aussen. Mit Sitz in Schwyz hat sich eine Interessengemeinschaft pro Kantonsschule Schwyz gebildet. Bekanntlich laufen aufgrund finanzieller Überlegungen Bestrebungen, die einheitliche Gymnasiale Unterstufe aufzuheben und die Gymnasiasten erst ab der 2./3. Sekundarschulklasse ins Gymnasium zu übernehmen. Die Interessengemeinschaft ist im Gegensatz dazu aber überzeugt, dass gerade neben dem gebrochenen Bildungsweg auch der ungebrochene weiterhin erhalten bleiben muss. Zumal die Sekundarschule und das Gymnasium an sich verschiedene Ziele verfolgen. Die gymnasiale Unterstufe dürfe nicht aufgegeben werden, im Kern gehe es um die humanistische Grundausbildung, wird argumentiert.

Weiter will sich der neugegründete Unterstützungsverein für ein einheitliches Schulgeld und einheitliche Stipendien auf allen Schulstufen der KKS einsetzen. Ebenfalls will man die Mitsprache der Eltern an der Kanti fördern, um sie vermehrt in den Bildungsprozess ihrer Kinder einzubeziehen.

Basel

Umwelterziehung an den Basler Schulen

Der Erziehungsrat hat sich in seiner Sitzung vom 21. Dezember 1988 mit dem Umweltschutz-Unterricht an Basler Schulen befasst. Er genehmigte zwei Lehrplanänderungen für die Gymnasien. Sowohl im Chemie- als auch im Physik-Lehrplan soll das Thema Umweltschutz besondere Beachtung erfahren.

Für die Umweltschutzerziehung an Primar-, Real-, Sekundarschulen und Kleinklassen, wie auch an der Berufswahlschule schloss sich der Erziehungsrat den Überlegungen der Arbeitsgruppe «Umwelterziehung» an, wonach Umwelterziehung kein eigenes Schulfach, sondern ein Unterrichtsprinzip sein soll, welches fächerübergreifend eine ganzheitliche Betrachtungsweise der Wechselbeziehung Mensch/Umwelt ermöglicht. Die von der Arbeitsgruppe formulierten Zielsetzungen werden verbindlich erklärt; der Themenkatalog wird als Liste von Anregungen empfohlen.